

Christoph Ehmann

Referat anlässlich der Abteilungsversammlung am 22. März 2018 (erweiterte Fassung)

## **Nach dem Mitgliedervotum: Was heißt Erneuerung?**

Wir haben Wochen einer intensiven Diskussion hinter uns. Viele von uns waren mit der Erklärung von Martin Schulz am Wahlabend, dass die SPD nicht mehr für eine Große Koalition zur Verfügung steht, einverstanden. Einige von uns haben das in einem Votum für eine Minderheitsregierung dem Parteivorstand gegenüber zum Ausdruck gebracht.

Schließlich haben dann doch manche von uns wie zwei Drittel der Parteimitglieder zu einer GroKo ja gesagt. Gejubelt hat am 4. März im Willy-Brandt-Haus keiner. Weil es hier nicht um Sieg oder Niederlage ging, sondern um die Suche nach dem richtigen Tun in den vor uns liegenden Jahren. Zuvörderst in Deutschland, auch wenn die Freunde in der europäischen und der internationalen Sozialdemokratie deutlich gemacht haben, dass die Entscheidung der SPD nicht nur nationale Bedeutung haben würde.

Schon vor dem Votum war von der notwendigen Erneuerung unserer Partei, sogar von einem Neuanfang die Rede. Einige fanden gar den Ausdruck „Resozialdemokratisierung“ passend. Ich nicht.

Gemeinsam ist allen Forderungen einer Korrektur oder doch zumindest ein Überdenken der Programme und der Praxis der Vergangenheit.

Nun hat die SPD ja eine ganze Menge „Vergangenheit“. Welche sollen wir nehmen? Die 155 Jahre seit Lassalle? Wohl nicht. Die Periode der letzten beiden GroKos, also seit 2005? Das ist wohl zu kurz gedacht, denn es könnte übersehen werden, was uns zu diesen Grokos geführt hat. Auf jeden Fall sollten wir den Zeitraum überdenken, den wir mitgestaltet haben. Und gerade in unserer Abteilung haben doch Einige die Wirklichkeit der SPD in unterschiedlichen Funktionen auf Kreis-, Landes- und Bundesebene in den vergangenen 25, 40, 50 und die eine oder der andere auch seit noch mehr Jahren mitgelebt und mitgeprägt.

Gesellschaftliche Veränderungen ebenso wie Wählerwanderungen geschehen nicht von heute auf morgen. Deshalb denke ich, wir müssen und können aufmerksam betrachten, was sich in den letzten 50/60 Jahren getan wurde, seit dem Godesberger Programm 1959, das - wohl durchdacht - als Erstes die Bezeichnung „Grundsatzprogramm“ trug und trägt, und das nicht zuletzt zu dem steten Anstieg der Stimmen- und Mitgliederzahlen bis zur „Willy-Wahl“ 1972 mit einem Ergebnis von 45 % im Bund und zu über einer Million Mitgliedern führte. Danach ging es trotz noch einiger langjähriger, häufig gesellschaftsprägender Regierungsverantwortung in mehreren Bundesländern bis in die 80er Jahre hinein, stetig bergab. Die Regierungsübernahme 1998 war weniger ein SPD-Sieg, sondern die Abwahl einer korrupten, durch illegale Parteispenden und Wählerbetrug in Verruf geratenen CDU/CSU/FDP. Der Aufschwung war denn auch nur kurz und schließlich nach dem kurzen Aufbäumen infolge der Nominierung von Martin Schulz in wenigen Monaten die Verluste zunächst im Saarland, dann in NRW und Schleswig-Holstein bis zu den beschämenden 20,5 % bei der BT-Wahl.

Was war der Grund? Waren die da oben schuld? Oder waren es die Verhältnisse? Oder Merkel? Die Globalisierung? Was war hausgemacht?

Die Personalintrigen auf Bundesebene, aber auch im NRW-Wahlkampf sowie die rasche Versorgung der Verlierer Kraft und Albig mit Posten bei RAG und DHL waren sicherlich nicht gerade vertrauensbildend und glaubwürdigkeitsfördernd. Doch es ist nicht nur zu billig, sondern falsch und unseriös, die Verantwortung nur bei einzelnen Personen abzuladen.

Viele von uns haben die Partei noch in den 50ern als „Arbeiterpartei“ erlebt, als Partei, in der sich Menschen zusammen gefunden hatten, die als soziale Schicht, als Klasse sowohl zahlenmäßig die die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung bildeten, die aber vor allem Deutschland nach der Befreiung vom Nationalsozialismus ökonomisch wiederaufgebaut, eine stabile Demokratie begründet und das Land und seine Bevölkerung zu Ansehen in Europa und in der Welt gebracht haben. Sozialdemokratische Gewerkschafter in den Betrieben und die SPD in den Gemeinden und Ländern prägten das moderne, weil soziale und demokratische Deutschland, in häufig heftigen Auseinandersetzungen mit einer CDU/CSU, geführt von Adenauer, Globke und Strauß, die die sozialdemokratischen und kommunistischen Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime verleumdete und gleichzeitig sicherstellte, dass in den Bundesministerien bis in die späten 60er Jahre ausschließlich alte Nazis die leitenden Positionen be-, ihr in der NS-Zeit eingeübtes Familien- und Frauenbild um- und die Verfolgung von Kommunisten und solchen, die sie dazu machten, fortsetzten. Geheimdienst, Verfassungsschutz und Bundeswehr bauten sie mit Generälen der alten Wehrmacht auf, denen als Gegenleistung für ihre Mitarbeit besonders beim Aufbau der Bundeswehr zugesichert wurde, dass ihre ehemaligen Kameraden nie mehr als Kriegsverbrecher beschuldigt werden dürften, auch wenn sie sich in Griechenland durch Geiselmorde und das Niederbrennen von über 1000 Märtyrerdörfern wie z.B. Kalavrita, in der Sowjetunion durch den Massenmord an Zivilisten wie im ukrainischen Chatyn oder in Frankreich in Oradour-sur-Glane hervorgetan hatten. Es dauerte mehr als zwanzig Jahre, bis wir schließlich ab 1969 mit Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen“ konnten. Und dies auch taten.

Eine bessere Gesellschaft für die Mehrzahl der Menschen. Das galt nicht nur in Deutschland. Europa „sozialdemokratisierte“ sich und die Welt wurde dank der wesentlich von sozialdemokratischen Parteien forcierten „Schlussakte von Helsinki“ 1975 friedlicher. Willy Brandt, Bruno Kreisky, Olof Palme bildeten ein weit leuchtendes Dreigestirn. Es waren die glorious thirties, die eigentlich nur 25 Jahre dauerten, für uns ab 1949 bis zur Mitte der 70er Jahre. Dann kam es – für manche plötzlich – dick: der Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems mit dem Dollar als weltweiter Leitwährung, die amerikanische Niederlage in Vietnam, die Ölkrise, gefolgt von einer weltweiten Wirtschaftskrise.

Doch allein waren diese internationalen Vorgänge nicht entscheidend für das Nachlassen der Attraktivität sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Ideen und Politiken in den folgenden Jahrzehnten: Die wirtschaftliche und technologische Entwicklung war seit 1945 nicht stehen geblieben. Der Krieg hatte sich, wieder Mal, als fortschrittstreibend erwiesen. Nachdem er in den USA zu Umwälzungen und Massenarbeitslosigkeit in alten Industrien geführt hatte, kam die Automatisierung in den 60er Jahren auch in Europa an. Massenproduktion wurde von Maschinen übernommen. In den einst dominierenden Industrien, im Bergbau, den Werften, der Textilindustrie sowie der Landwirtschaft wurden Hunderttausende „freigesetzt“, nicht mehr benötigt. Arbeiter wurden zu einer Minderheit unter den Beschäftigten. In der SPD war Peter Glotz, 1981 von Willy Brandt zum Bundesgeschäftsführer gemacht, willens, dieser Veränderung Rechnung zu tragen und die SPD zu einer Partei der Industriearbeiter und der Angestellten vor allem im Dienstleistungssektor zu machen. Doch schon er machte den ersten bedeutsamen Fehler: Die merkliche Zunahme der Akademisierung vorwegnehmend, die er als massenhaften „Aufstieg durch Bildung“ prognostizierte, verkündete er die „Zwei-Drittel-Gesellschaft“, die dafür sorgen müsse, dass das letzte Drittel, die Arbeiterschaft, nicht zurückblieb. Ein paternalistisches, das letzte Drittel entmündigendes Konzept, dem sich die großen Gewerkschaften IG Metall, IG Chemie und IG Bergbau eher weniger als mehr erfolgreich entgegenstemmten.

Dabei konnten auch sie unschwer erkennen, dass die Bereitschaft, sich gewerkschaftlich zu solidarisieren unter den Angestellten deutlich geringer verbreitet war als unter den Arbeitern. Angestellte, zunächst noch als „Privatbeamte“ bezeichnet, waren ja auch bewusst gegen die Arbeiterschaft als Beschäftigtenkategorie geschaffen worden. In der Weimarer Republik zeichneten sie sich bereits mehrheitlich durch eine Feindschaft gegenüber den „Proletariern“ und ihrer Organisation, dem ADGB und einer Nähe zu den Nationalsozialisten aus. Beispielsweise im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, dem wichtigsten Träger der GAGFAH, die ihrerseits für das arische Spitzgiebeldach und gegen das jüdische Flachdach der GEHAG im Zehlendorfer Dächerstreit stand.

Der neue, noch in den 70er Jahren von dem Begründer der katholischen Soziallehre Oswald von Nell-Breuning heftig kritisierte Begriff „Arbeitnehmer“ verunklarte nur die tiefen Gräben zwischen den Beschäftigtengruppen der Arbeiter, Angestellten und vor allem der Beamten.

Als ein Mittel der Entsolidarisierung diente den Arbeitgebern der Tarifvertrag. Bei den Arbeitern gab es zwei, höchstens drei Tarifstufen. Bei den Angestellten teilte der in Bund, Ländern und Kommunen prägende Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) die Beschäftigten in vier streng getrennte Klassen – einfacher, mittlerer, gehobener und höherer Dienst - und in 18 Besoldungsstufen, bei den Beamten gar in 26, wobei das Erreichen der nächsthöheren Stufe bei den Angestellten stets mit dem Kampf einer gegen den anderen verbunden war. Denn nicht Leistung gab den Ausschlag bei Aufstieg und Bezahlung, sondern ob eine entsprechend dotierte Position vorhanden war, die eher nach dem Grad der Anpassung vergeben wurde. Entsolidarisierung war die Absicht. Angestellte sollten ihr gesellschaftliches Sein als unterschieden von dem der Arbeiter zumindest empfinden. Das würde die erwünschte Wirkung haben. Denn das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein, hatte Marx hundert Jahre zuvor geschrieben. Und anders als die Sozialdemokraten der 50er und 60er Jahre hatten die Arbeitgeber Marx gelesen. Und verstanden.

Die Erfolge der Sozialdemokratie hatten zu dieser gesellschaftlichen Entwicklung entscheidend, wenn auch ungewollt beigetragen. Die Partei hatte in einem zentralen Politikbereich, der Bildungspolitik, dank ihrer stabilen Mehrheit in einigen Bundesländern wahrhaft fundamentale Reformen realisiert: Die Abschaffung der Schulgelder für den Besuch weiterführender Schulen wurde bis 1960 durchgesetzt, die der Studiengebühren endgültig 1971.

Das hatte mit vorausschauender Gesellschaftspolitik allerdings wenig zu tun. Die Beseitigung von Bildungsbarrieren galt als Wert an sich, so dass die gesellschaftlichen Konsequenzen dieser Entwicklung nicht in den Blick genommen wurden. Partei und Gewerkschaften warben mit dem eingängigen Spruch „Aufstieg durch Bildung“. So der Titel eines DGB-Kongresses 1965. Zwar war damit jegliche Ausbildung, auch die berufliche gemeint. Denn über ein Viertel der Beschäftigten waren 1965 Ungelernte und die berufliche Bildung noch durchaus unterentwickelt. Und ein die Modernisierung der Berufsbildung erleichterndes Berufsbildungsgesetz wurde erst in den 70er Jahren wirksam. Verstanden wurde diese Parole denn auch nicht als Aufforderung zum Eintritt in die Duale Berufsausbildung. Die im Anschluss an die Ausrufung der „Bildungskatastrophe“ durch Georg Picht 1964 entstandene „Aktion Gemeinsinn“, hatte sich einen eingängigen Slogan ausgedacht, der da lautete: „Schick Dein Kind länger auf bessere Schulen“. Man hätte damit auch den freiwilligen Besuch der 10. Hauptschulklasse, den Besuch der Realschule oder der Berufsschule im Rahmen einer Dualen Ausbildung verstehen können.

Doch es wurde nur in einem Sinn verstanden: „Lass Dein Kind Abitur machen“. Nicht beachtend, dass dadurch nur solange ein „Aufstieg“ möglich sein würde, solange genügend Menschen „unten“ blieben. Und völlig zutreffend erwarteten die alten Oberschichten, dass sich die gerade aufgestiegenen Kleinbürger schon von sich aus der nachdrängenden Gruppen, Schichten oder Klasse erwehren würden. Jeder Versuch der SPD in den 70er und 80er Jahren, das Schulsystem zu demokratisieren und das Drei-Klassen-System abzuschaffen, scheiterte, auch am Verhalten sozialdemokratischer Promis wie Klaus Schütz, die für ihre Kinder das alte System bevorzugten.

Hier müssen wir noch ein paar Jahrzehnte zurückgehen. Teilhabe an Bildung hatte in der Sozialdemokratie seit ihren Anfängen in den Arbeiterbildungsvereinen, Priorität. Doch Wilhelm Liebknecht hatte nicht aufstiegswilligen Kleinbürgern zugeredet, wenn er ausrief „Wissen ist Macht“, sondern Wissen als Machtfaktor, als Herrschaftsinstrument identifiziert, dessen sich die Arbeiterklasse bemächtigen müsse, um im Klassenkampf bestehen zu können, nicht um dem Klassenfeind ähnlich zu werden.

Von solchen Grundüberzeugungen waren die bürgerlich-liberalen Bildungspolitiker wie Ralf Dahrendorf, Hellmuth Becker oder Georg Picht, aber auch Carl-Heinz Evers, die in den 60er und 70er Jahren die Bildungspolitik der SPD prägten, unabhängig davon, ob sie auch Parteimitglieder waren, weit entfernt. Stattdessen wurden die Lehrpläne sämtlicher Schulen inhaltlich und methodisch umgestellt mit dem Ziel, den Übergang zum Gymnasium und das Erreichen der Hochschulreife durch eine Verlängerung der Schulbesuchszeiten zu erleichtern. Das bedeutete die Entfernung, zumindest aber die Reduzierung der Stundenzahl aller berufspraktischen Fächer aus den Lehrplänen nicht nur der Realschulen, sondern auch der Beruflichen Fachschulen. Und um Berufsschullehrer zu werden, war das Erlernen eines Berufes - die kaufmännische Ausbildung für die Handelslehrer, die gewerbliche Ausbildung für Gewerbelehrer - nicht mehr erforderlich, eher hinderlich. Den jungen Menschen sollte die Last der Arbeitswelt, damit aber auch die Erfahrung von gewerkschaftlicher Solidarität so lange wie eben möglich erspart bleiben. Gewerkschafts- und SPD-Mitgliedschaft war mit gesellschaftlichem Aufstieg, der vor allem ein Abschied vom Proletariat war, nicht vereinbar. Dass das nicht nur in Deutschland so war, hatte schon in den 80er Jahren der französische Soziologe Pierre Bourdieu und erst jüngst sein Landsmann Didier Eribon in seinem autobiografischen Roman „Rückkehr nach Reims“ beschrieben.

Eines der sozialpolitisch erfolgreichsten Programme der SPD trug zu dieser Entwicklung, allerdings nur kurzzeitig, aber sehr erfolgreich bei. Damit der Weg zum Abitur nicht ein Versprechen blieb, sondern auch finanziell für Familien mit durchschnittlichem Einkommen möglich wurde, brachte die Partei zunächst noch in der Großen Koalition 1969 gemeinsam mit der CDU das Bundesausbildungsförderungsgesetz, kurz BaföG auf den Weg. Aber erst 1971 in der sozialliberalen Koalition erhielt es seine wirklich revolutionäre Ausgestaltung: Von nun an wurden junge Menschen, die die zur Hochschulreife führenden Bildungsgänge, also die Oberstufe der Gymnasien und die Fachoberschule besuchen wollten, mit einem Förderbetrag ausgestattet, der der Vergütung in kaufmännischen Berufsausbildungen entsprach und dadurch für Familien mit einem Durchschnittseinkommen die Alternative zur Berufsausbildung erst finanziell möglich machte. Der Erfolg war enorm: 1975 erhielten 51 % der Schülerinnen und Schüler sowie 53 % der Studierenden BaföG. Heute ist das BaföG für Oberschüler ganz abgeschafft und von den Studierenden erhalten es nur noch 25 %.

Zwischen 1970 und 1982 verdoppelte sich der Anteil von „Arbeiterkindern“ an den Universitäten und Fachhochschulen. Weshalb denn die Kohl/Genscher-Regierung 1983 diese Regelung sofort abschaffte, nur noch Darlehen vergab, die die Geförderten mit über 30.000 DM Schulden ins Berufsleben entließ. Stattdessen redete sie von der Notwendigkeit der verschärften Elite-Bildung anstelle der „Vermassung“ des Studiums. Wortführer war neben Helmut Kohl auch Hans Dietrich Genscher, die dazu eine unter dem Vorsitz von Wilhelm Kewenig, dem späteren Berliner Wissenschaftssenator 1979 erarbeitete Empfehlung des Wissenschaftsrates nutzten, die sich nachdrücklich gegen sozialdemokratische Demokratisierungspläne für das Bildungswesen gerichtet hatte.

Die Konsequenz im Hinblick auf die gewerkschaftliche und politische Organisation junger Menschen war allerdings genauso revolutionär, oder besser: konterrevolutionär: Waren 1965 rund 75 % aller 21jährigen berufstätig und, soweit sie in der Metall-, Elektro- oder Chemie-Industrie tätig waren, gewerkschaftlich organisiert und politisch SPD-nah, so waren 1980 75% aller 21jährigen noch in Ausbildung und weit davon entfernt, sich gewerkschaftlich oder politisch links zu organisieren. Betriebswirklichkeit lernten Fachhochschul- wie Universitätsabsolventen erst im Alter von 24/25 oder noch später kennen. Sie waren nie und wurden nie „Arbeiter“. Als Hochschulabsolventen erhofften sie sich Beamtenkarrieren oder den Weg in die Selbstständigkeit. Der gewerkschaftliche und parteipolitische Organisationsgrad sank nach 1980 rapide.

Und das geschah, obwohl Gewerkschaften durch Tarifverträge und die SPD im parlamentarischen Bereich eine bessere Sicherung der Arbeitsverhältnisse durch die Annäherung der Beschäftigungsverhältnisse von Arbeitern und Angestellten bei der Arbeitszeit, bei dem Kündigungsschutz und der Urlaubsregelung, durch die Verbesserung der Versorgung im Krankheitsfall sowie im Alter oder durch die verbesserte Absicherung im Fall von Arbeitslosigkeit erkämpft hatten.

Die Entsolidarisierung erhielt einen zusätzlichen Impuls im Zuge von wirtschaftlichen Strukturveränderungen. Im Bergbau, in der Textilindustrie, aber auch im Agrarsektor hatten Millionen ihren als sicher geglaubten Arbeitsplatz verloren und mussten „umschulen“. Das betraf nun nicht „Arbeiterkinder“, sondern „Arbeiter“ selbst. Ihre Ausbildungen, falls sie denn überhaupt welche erhalten hatten, waren veraltet. Doch viele würden noch 20 oder 30 Jahre im Berufsleben bleiben wollen und müssen. Die Sicherung von Arbeitsplätzen dort war nur durch angemessene Weiterbildung möglich.

Als nach der ersten Wirtschaftskrise 1966/67 die Notwendigkeit von Umschulungen immer deutlicher wurde, verabschiedeten CDU und SPD 1969 noch gemeinsam das Arbeitsförderungsgesetz, heute SGB III, durch das sowohl Umschulungen bei von Arbeitslosigkeit Bedrohten sowie Arbeitslosen gefördert wurden als auch die Fortbildung, vor allem von Frauen, die als Berufsrückkehrerinnen nach einer Familienphase den Wiederanschluss an die Arbeitswelt suchten.

Diese Umschulungen und Fortbildungen fanden zunächst fast ausschließlich in staatlichen Fachschulen und in gemeinnützigen gewerkschaftlichen Weiterbildungseinrichtungen statt. Doch ab 1975 wurde diese Finanzierung auf Druck des Koalitionspartners FDP auch kommerziellen Unternehmen zugänglich. Das hatte zwei Auswirkungen: zum einen konnte nun von den Besitzern solcher Weiterbildungsfirmen mit Bildung richtig Geld verdient werden, zum anderen garantierten die privaten, häufig auch von Kammern und Arbeitgeberverbänden getragenen Weiterbildungseinrichtungen, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht unter gewerkschaftlichen Einfluss gerieten.

Heute ist der Weiterbildungsmarkt fest in privatwirtschaftlicher Hand. Großzügig finanziert und hinsichtlich der Qualität sowie den Teilnahmemöglichkeiten völlig unzureichend kontrolliert. Teilzeitbeschäftigte und Leiharbeiter haben deutlich weniger Chancen, an Weiterbildung teilzunehmen.

Ich selbst habe zwischen 1979 und 1994 an mehreren Versuchen von Arbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion sowie der Bildungskommission beim Parteivorstand teilgenommen, ein Weiterbildungsschutzgesetz, das an den Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen orientiert sein sollte, voranzubringen. Daraus wurde ebensowenig wie aus den Ergebnissen der noch von der rot-grünen Koalition 2001 eingesetzten Expertenkommission „Finanzierung Lebenslangen Lernens“, außer das sie ihre sehr fundierten Arbeitsergebnisse in sechs Bänden auf Kosten des Bundes publizieren durfte. An der Bildung der nicht-akademischen Arbeitnehmerschaft zeigte die SPD in ihrer Spitze und Breite seit Glotzens „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ *kein Interesse* mehr. Ein Vergleich mit den im selben Zeitraum von der Partei unternommenen Initiativen im Hochschulbereich würde zu einem noch kritischeren Urteil führen.

Die SPD sitzt nicht erst seit der GroKo 2005 auf dem falschen Dampfer. Sie zeigt seit über vier Jahrzehnten wenig Interesse an den Belangen der Mehrzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dies ist auch eine Folge der veränderten sozialen Zusammensetzung, der grob formuliert Akademisierung der Mitgliedschaft seit den 70er Jahren.

Das hatte Folgen die überhaupt nicht zu überschätzen sind. Sie sind gesellschaftlich und im Wertesystem umstürzend. Und für die Sozialdemokratie folgenreich und für ihre gern als Niedergang bezeichnete Entwicklung ausschlaggebend. Und sie sind keine nur deutsche, sondern eine europäische Entwicklung. Anders als in Deutschland ist dort die hemmungslose Korruption jedoch ein mindestens so bedeutsamer Faktor wie die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen. Die noch regierenden, der sozialdemokratischen Internationale angehörenden Parteien in Slowenien, Rumänien und auf Malta sind der Mafia ähnlicher als der Sozialdemokratie.

## **Doch zurück:**

Die Umwälzung in den Berufsanforderungen ebenso wie die erhebliche Verlängerung der Schul- und Hochschulbesuchszeiten veränderten das Erwachsenwerden fundamental.

Schulen, wie alle Bildungseinrichtungen, auch die der Weiterbildung, haben die Entwicklung der eigenständigen Persönlichkeit und individueller Kompetenzen zum Ziel, auch im Wettbewerb und in Konkurrenz zu einander. Die Einzigartigkeit, die personelle Unverwechselbarkeit wird angestrebt. „Sei du selbst!“ Das gesamte Bildungssystem wurde nach diesem, das Gymnasium seit Jahrhunderten prägende Bildungsziel ausgerichtet: „Bloß nicht wie der andere sein“. Eine die Solidarisierung nicht gerade fördernde Maxime.

Von den Visionen der Französischen Revolution Liberté, Ègalité und Fraternité, die die Sozialdemokratie in Freiheit, Gleichheit, Solidarität übersetzt hatte, blieb nur die Freiheit, und zwar die individuelle. Jeder dürfe und solle seines Glückes Schmied sein.

Die Gleichheit ist nahezu ein Schimpfwort, denn es kommt gerade auf die Ungleichheit an, auf die Einzigartigkeit, die Individualität. Die Schulnoten einer Klasse haben mehr oder weniger genau die Gausse Verteilungskurve mit wenigen Spitzen und wenigen Schlechten abzubilden. Wenn die Lehrerin ihren Schülerinnen und Schülern die gleiche Note gäbe, würde sie mit Sicherheit bald zu einer dienstlichen Unterredung geladen werden.

Unterschiedlichkeit wird belohnt. Solidarität, gegenseitige Hilfe gilt als Abschreiben, als Betrug. Gruppenarbeiten müssen den individuellen Beitrag als erkennbar und bewertbar ausweisen. Erfolg oder Misserfolg wird auf die individuelle Leistung zurückgeführt.

Daraus folgt: „Solidarität“ mit Gleichen wie in der Arbeiterbewegung ist nicht nur nicht erwünscht, sie ist auch in den prägenden ersten 25 Lebensjahren nicht gelernt und erfahren worden. Gegenüber Minderheiten – mit denen man bitte nicht gleichgesetzt werden will - übt man Caritas. Man hat Mitleid mit Zukurzgekommenen. Wahlen, Mehrheiten kann man mit ihnen nicht gewinnen. Gemein machen kann und sollte man sich mit ihnen schon gar nicht.

Fakt ist aber, dass immer noch nur einer Minderheit der „Aufstieg“ geglückt ist. Den meisten wurde er nur versprochen. Und dennoch: Auf das bloße Versprechen hin, passen sie sich an und entsolidarisieren sich.

Spaltung, Verhinderung von Gruppen- oder gar Klassenbildung ist auch im Großen zu einem herrschenden Prinzip geworden. Jahrzehntlang galten die Großbetriebe wie Post und Eisenbahn oder Krupp und Thyssen als Kerne gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen – und eben nicht kommunistischen – Engagements. Diese Betriebe wurden zerschlagen, aufgeteilt, neu gruppiert, verkauft. Vor allem aber wurden die Arbeitsverhältnisse destabilisiert. Der Briefträger war vor der Privatisierung der Post ein kleiner Beamter, mit zunächst wenig Einkommen aber einem absolut sicheren Arbeitsplatz und der Möglichkeit der langfristigen Lebensplanung. Und seine Gewerkschaft vertrat seine Interessen. Heute ist er befristet beschäftigt, nicht einmal mehr bei der DHL, sondern beim Billigmacher Delivery. Das trifft Hunderttausende. Und ihre gewerkschaftlichen Organisationen. Ähnlich bei den ehemaligen Großbetrieben, die zerteilt, umgruppiert, ins Ausland verlegt, vor allem aber der Mitbestimmung und den flächendeckenden Tarifverträgen entzogen werden. Heute sind nur noch 49 Prozent der Arbeitnehmer durch zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden vereinbarte Tarifverträge abgesichert. Betriebsräte gibt es nur noch in 40 Prozent der Betriebe. Lediglich 1,8 Millionen der rd. 4 Millionen Mindestlohnberechtigten erhalten diesen auch.

Die konsequente, mit wirksamen Strafen verbundene Verfolgung solcher Gesetzesverstöße steht nicht als Ziel der Koalition im vor zwei Wochen unterschriebenen Vertrag.

Dies lässt nur einen Schluss zu: Viele wollen die SPD nicht mehr als Partei der abhängig Beschäftigten - außerhalb der staatlichen Verwaltungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene - verstehen. Die AfA ist eine Splittergruppe, weit unwichtiger als die Jusos oder die AGF. Man sehe sich die Parteivorstände und Fraktionen auf allen Ebenen näher an. Arbeitnehmer – außerhalb des Öffentlichen Dienstes - und prononcierte Gewerkschafter sind dort nicht mehr zu finden. Dafür aber viele, die ihr Einkommen von oder durch die Partei beziehen. Für viele ist die SPD zu einer Selbstbedienungspartei verkommen. Auf dem Bundesparteitag im Dezember 2017 wurde eine Satzungsergänzung notwendig, damit die Selbstversorgung der Funktionäre wenigstens eingeschränkt wird: In Zukunft sollen nur noch höchstens 50 Prozent der Delegierten auf Parteitagungen jeglicher Ebene aus Abgeordneten bestehen, die ja auf solche Parteitagungen nominiert werden. Noch konsequenter wäre es allerdings, auch die Zahl derjenigen, die ihre Position in den Verwaltungen der Partei verdanken, zu begrenzen.

### **Damit komme ich zu unseren Aufgaben in der nahen Zukunft.**

Die Zukunft liegt nicht darin, an der Vereinzelung, der Aufsplitterung von Themen und Problemen mitzuwirken. Die SPD muss nicht jede Bürgerinitiative übernehmen!

Sie muss deutlich machen, dass sie die Partei der sozialen Gerechtigkeit, dass sie die Partei der abhängig Beschäftigten, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist. In Deutschland und in Europa.

Sie hatte vielen Menschen zu besserer Bildung und einer fundierten Berufsausbildung verholfen. Sie hat die Rechte von Beschäftigten, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, durch Tarifverträge und Mitbestimmungsregelungen gestärkt. Sie muss nun den Menschen die Angst nehmen, dass Kapitaleigner und Hedgefondsmanager sie dieser Rechte berauben, indem diese geltenden Gesetze umgehen oder aushebeln. Sie muss dafür sorgen, dass Bildungsanstrengungen der Beschäftigten nicht leerlaufen, von kommerziellen Gaunern ausgenutzt und mit erfundenen Zertifikaten entwertet werden.

Das heisst für die Parteiorganisation, dass das Thema „Arbeit“ ins Zentrum aller weiteren Überlegungen gerückt wird. In Abwandlung des bekannten Satzes von Willy Brandt über den Frieden müssen wir uns darauf besinnen: **„Arbeit ist nicht alles; aber ohne Arbeit ist alles nichts.“** Sie ist zunächst bis hin zur Rente die Grundlage unserer Existenzsicherung oder mit Bert Brecht: „Erst kommt das Essen, dann kommt die Moral“. Mit nichts im Magen ist schwer Politik zu machen.

Wir kämpfen um eine Arbeit, die uns die Würde lässt. Keine Sklavenarbeit oder eine Arbeit, die das Selbstwertgefühl nimmt, die nur fremdbestimmt ist. Die Mehrzahl der 20 bis 65 jährigen hat Arbeit. Es gilt diese zu sichern und sie human zu gestalten. Und es gilt jenen zu würdevoller Arbeit zu verhelfen, die in prekären Arbeitsverhältnissen stehen oder arbeitslos sind.

Wir haben hoffentlich noch vor Augen, wie der Zusammenbruch der Industrie und des Arbeitsmarktes im Osten den Menschen dort ihre Würde, die Anerkennung und ihren Wert in den Augen der Mitmenschen nahm. Die Duale Berufsausbildung hält in Deutschland die Jugendarbeitslosigkeit im Vergleich zu anderen europäischen Staaten niedrig. Doch sie ist keine Selbstverständlichkeit. Nur starke Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben gewährleistet die nötige Ausbildungsbereitschaft. Nur eine starke Arbeitnehmervertretung sichert gesunde Arbeitsplätze. Nur die Solidarität aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewährleistet auch, dass sich nicht egoistische Betriebsinteressen wie im Braunkohlenbergbau oder in der Rüstungsindustrie gegen Energiewende und Friedensbemühungen ausspielen lassen. So etwas lässt sich nur gemeinsam und in enger Zusammenarbeit erreichen. Und mit Organisationen, in denen dies ausführlich und solidarisch diskutiert werden kann und die einen langen Atem haben. Wie die SPD und wie die fast so alten Gewerkschaften.

Deshalb ist der Schulterschluss und die offene Diskussion mit den Gewerkschaften notwendig, Betriebsräte als Mitglieder von Parteivorständen vom Ortsverein und der Abteilung aufwärts sollten wieder zur Selbstverständlichkeit werden. Arbeit in all ihren Erscheinungsformen und Auswirkungen muss wieder zu Kernthemen sozialdemokratischer Politik werden. Denn alle anderen Themen wie Nachhaltigkeit und Emanzipation, Flüchtlingspolitik und Wohnen sind Subthemen dieses Kernthemas.

Erfolg wird die Partei aber nur erzielen, wenn sie europaweit dafür eintritt. Denn wir leben nicht mehr auf einer nationalen Insel. Wir müssen uns informieren, was welt- und europaweit vor sich geht, was womit zusammenhängt. Nur dann können wir vor Ort, unserem eigentlichen Tätigkeitsfeld, wirksam und glaubwürdig agieren.

Menschen müssen von ihrer Arbeit und ihrem Einkommen nicht nur Essen und Trinken, sie müssen auch in Würde wohnen können. Was in Würde wohnen heißt, sollten wir als Bewohner und Nachbarn der Taut-Siedlung wissen. Partei und Gewerkschaften haben vor 60 Jahren noch gewusst, was die Voraussetzungen dafür sind. Im Godesberger Programm heisst es:

*„Jeder hat das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung. Sie ist die Heimstätte der Familie. Sie muss deshalb auch weiterhin sozialen Schutz genießen und darf nicht privatem Gewinnstreben überlassen werden.“*

Doch vor 60 Jahren wusste die Partei noch, worauf es wirklich ankam. Denn weiter heißt es:

*„Die Wohnungs-, Bau- und Bodenpolitik muss den Mangel an Wohnraum beschleunigt beheben. Der soziale Wohnungsbau ist zu fördern. Der Mietzins ist nach sozialen Gesichtspunkten zu beeinflussen. Die Bodenspekulation ist zu unterbinden, ungerechtfertigte Gewinne aus Bodenverkäufen sind abzuschöpfen.“*

Was in den Köpfen passiert, wenn die Parteimitgliedschaft mehrheitlich aus Häuslebauern und Bausparern besteht, zeigt das Hamburger Programm von 2007. Zur Wohnungspolitik heißt es dort abschließend:

*„Wir unterstützen das Bemühen der Kommunen, bezahlbaren Wohnraum bereitzuhalten. Wir schützen die Rechte der Mieter.“*

Das war's. Der Zusammenhang von Bodenspekulation und Mietpreis wird nicht mehr erwähnt. Vom Sozialen Wohnungsbau ist auch nicht mehr die Rede. Die Programme des Bundes waren ja auch gerade zusammengestrichen worden.

Nun einige **wenige** Felder, auf denen wir in der nahen Zukunft konkret vor Ort in unserer Abteilung tätig werden sollten:

Keine Privatisierung von öffentlichem Boden! Weder aus Landes- noch Bundesbesitz! Grund und Boden sind keine beliebig vermehrbaren Handelswaren. Das wussten schon Taut und Wagner und ermöglichten ein Weltkulturerbe. Und das versucht auch der Berliner Senat. Ihn dabei nachdrücklich zu unterstützen, ermöglicht Erfolge. Der Milieuschutz auch in Zehlendorf ist ein kleiner Beitrag zu würdevollem Wohnen.

Vor Ort müssen wir darauf achten, welche Betriebe die geltenden Gesetze zur Mitbestimmung einhalten, welche Betriebe tarifvertraglich gebunden sind, welche Mindestlöhne zahlen und welche sie zu umgehen versuchen. Unternehmen, die Betriebsräte verhindern, müssen bekannt gemacht und ihre Leitungen zu Diskussionen aufgefordert werden. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge muss dies bekannt gemacht werden. Hartz IV müssen wir ersetzen durch ein solidarisches Grundeinkommen und fürs Alter durch eine auskömmliche Grundrente. Dafür gilt es zu werben.

Sozialer Gerechtigkeit bedarf es nicht nur im Arbeitsbereich. Freizeit ist ein notwendiger Bestandteil des Arbeitslebens. Freizeiteinrichtungen sollten allen offenstehen, ihr Besuch nicht an finanziellen Barrieren scheitern. Das gilt in unserem Bezirk besonders für Badeanstalten, die zu erträglichen Zeiten nicht nur Schulen und Vereinen zugänglich sein sollten. Erholungsgebiete wie unsere Seen müssen in einem Zustand gehalten werden, der sie attraktiv macht.



Europa ist für jeden da, auch für Kinder. Wir sind eine Stadt mit Menschen aus vielen Sprachgebieten. Kinder lernen Sprachen leicht. Zweisprachige Kitas sind nicht nur für jene da, die die Sprache ihrer Eltern nicht verlernen sollen, sondern auch für jene, die mit Menschen anderer Muttersprache zusammenleben.

Das Engagement für europäische Regelungen schützt uns, die wir nahe an Niedriglohnländer grenzen, auch vor lokalem Lohndumping. Pflegekräfte müssen wir hier ausbilden und anständig bezahlen, nicht aus Polen anlocken, möglichst noch ohne Steuern und Sozialversicherung für sie zu zahlen.

Kriege kosten Unsummen. Und sie bringen den Aktionären der Rüstungsbetriebe viel Geld. Nur wenn wir die Lüge („Wir verteidigen unsere Freiheit am Hindukusch“) entlarven, haben wir Geld frei für menschenwürdigere Projekte. Jegliche Friedenspolitik wird unglaublich, wenn sie den ökonomischen Nutzen für wenige, wie bei Rüstungslieferungen an Saudi-Arabien, über den Schutz der Menschenrechte stellt. Doch dafür müssen wir das nötige Bewusstsein in der Bevölkerung, aber auch in der Partei fördern. Auch hier vor Ort. Und immer wieder.

Es gibt dies und noch viel mehr zu tun. Manches erscheint unmöglich. Packen wir es an!